

Die stimmberechtigten Mitglieder in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Offener Brief an die Parteien

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Vertreter Ihrer Partei,

angesichts der Kommunalwahlen 2020 gehen wir davon aus, dass innerhalb ihrer Partei intensive Diskussionen darüber stattfinden, wie Sie sich im Hinblick auf Menschen Behinderungen inhaltlich aufstellen wollen. In diesem Zusammenhang haben die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln vertretenen Behindertenorganisationen und Wohlfahrtsverbände beschlossen, Ihnen die Themen zur Kenntnis zu bringen, die wir für besonders bedeutsam halten.

Wir gehen davon aus, dass das gemeinsame Ziel die Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft ist.

Die Verwirklichung der Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention dient dazu als menschenrechtliche Verpflichtung und inhaltlicher Wegweiser.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn die nachfolgend dargestellten Themen, die wir in Köln für besonders wichtig halten, von Ihnen diskutiert und in Ihren Wahlprogrammen aufgegriffen werden.

Thema 1: (Politische) Partizipation

Die politische Selbstvertretung und Mitgestaltung durch behinderte Menschen wird als Ideal kaum infrage gestellt. Faktisch bedarf es weiterer Schritte im Hinblick auf die praktische Umsetzung.

Eine wirksame politische Partizipation in der Millionenstadt Köln ist für behinderte Menschen, die dies in der Regel ehrenamtlich leisten, eine sehr schwierige und komplexe Aufgabe. Die Gefahr einer Überforderung ist sehr hoch, gleichzeitig ist der ständige Umgang mit Widerständen oft frustrierend und erfordert einen sehr langen Atem. Von daher ist es umso wichtiger, dass die Grundsätze der UN-BRK fester Bestandteil und Pflichtaufgabe der letztlich beschließenden und ausführenden Organe der Stadtgesellschaft werden.

Daher fordern wir:

- (1) Die Unterstützung der Behindertenorganisationen bei der Selbstvertretung durch verbesserte Ausstattung des Büros des Behindertenbeauftragten mit finanziellen Ressourcen und Personal
- (2) Die Verbesserung der Anreize zur Gewinnung zusätzlicher engagierter Bürgerinnen und Bürger für das Ehrenamt.
- (3) Die Unterstützung von Organisationen und Strukturen außerhalb der Verwaltung, die politische Selbstvertretung unterstützen, fördern und koordinieren.
- (4) Die Unterstützung des Ansatzes des Empowerments für Menschen mit Behinderungen. Selbsthilfe und Selbstvertretungsorganisationen müssen in ihrer Entwicklung unterstützt werden.
- (5) Wahlprogramme in leichter Sprache
- (6) Im Sinne eines disability-mainstreaming müssen künftige Entscheidungen und

Mittelfreigaben aller Ämter und Dezernate auch unter dem Aspekt einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölner Bürger und Bürgerinnen getroffen werden.

Es dürfen in Köln keine weiteren Mittel für Ausgrenzung und Barrieren verausgabt werden!

Thema 2: Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden sowie des Nahverkehrs

Bei der Errichtung neuer Gebäude wird Barrierefreiheit grundsätzlich berücksichtigt. Es müssen darüber hinaus auch Bestandsgebäude hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für alle barrierefrei ertüchtigt werden, insbesondere solche, die eine hohe Bedeutung für die Stadtgesellschaft haben.

Des Weiteren fordern wir:

- (1) Wir erwarten eine höhere Geschwindigkeit bei der Umsetzung des Toilettenkonzepts.
- (2) Gleiches gilt für die Umsetzung der Prioritätenliste zum weiteren barrierefreien Ausbau des KVB-Streckennetzes und des geeigneten Umbaus oder die Neanschaffung von Fahrzeugen zur Ermöglichung stufenloser Ein- und Ausstiege im Hochflursystem.
- (3) Die Sicherstellung, dass Aufzüge sowohl zu Straßenbahnhaltestellen als auch im öffentlichen Straßenraum, z.B. an der Domplatte, funktionsfähig sind.
- (4) Dazu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung der Maßnahmen, die insbesondere für sinnesbehinderte Menschen wichtig sind, wie Kontrastreichtum, geeignete Beleuchtung oder taktile Informationen.
- (5) Zusätzliche Mittel auch für Nachrüstungen für blindengerechte Ampeln nach dem neuesten Stand der Technik an allen Übergängen
- (6) Kontrastreiche Stufenmarkierungen an allen Treppen zur den Haltestellen der KVB.
- (7) Das Nachrüsten von Leitsystemen in hochfrequentierten Bereichen der Stadtbahn (z.B. Zwischenebenen Neumarkt, beidseitig Haltestelle Dom / HBF Richtung DB bzw. Kreuzblume, Appellhofplatz, Friesenplatz, Hansaring) und die „Ertüchtigung“ aller Haltestellen und Fahrzeuge nach dem 2-Sinne-Prinzip

Thema 3: Information – Kommunikation

Das 2-Wege-Prinzip (2 von 3 Sinnen: hören, sehen, tasten) ist für Menschen mit Sineschränkungen elementare Grundvoraussetzung zur Sicherung selbstständiger und selbstbestimmter Teilhabe und entscheidet wesentlich darüber, ob sie Informationen aufnehmen, wahrnehmen und erfassen bzw. verstehen können.

Daher fordern wir:

- (1) Den konsequenten Ausbau und die nachhaltige Durchsetzung des 2-Wege-Prinzips in allen Bereichen, sowie als verbindlicher Bestandteil bei Neukonzeption bzw. bei der Überarbeitung von bestehenden Informationsangeboten.
- (2) Den zügigen Ausbau und Nutzbarkeit von technischen Höranlagen in den städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass vorhandene technische Höranlagen regelmäßig gewartet, jederzeit nutzbar und gekennzeichnet sind.
- (3) Gehörlose Menschen benötigen zusätzliche Möglichkeiten, auch in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit Gebärdensprachdolmetschung in Anspruch

zu nehmen. Entsprechendes gilt für ertaubte Menschen in Bezug auf Schriftdolmetschung.

Dies sind wesentliche Voraussetzungen, um für die betroffenen Menschen Teilhabe insbesondere gemäß der UN BRK §30 herzustellen.

Thema 4: Bürgerservice

- (1) Innovative Konzepte und Ideen, die eine zügige Bearbeitung von Anträgen ermöglichen und verhindern, dass leistungsberechtigter Leistungsempfänger unzumutbar lange auf die Gewährung ihrer Ansprüche warten müssen (Schwerbehindertenausweis/Auszahlung des Barbetrages in Pflegeheimen, etc.)
- (2) Für Menschen mit Lernschwierigkeiten Informationen in leichter Sprache, damit sie ihre Angelegenheiten mit so wenig Unterstützung wie möglich regeln können. Dies gilt sowohl für schriftliche Informationen wie Internetseiten, Formulare oder Erklärungen, aber auch für das persönliche Gespräch. Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen neben der einfachen Sprache oft mehr Zeit. Entsprechend wichtig ist es, Mitarbeiterinnen für die Belange von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu sensibilisieren und zu schulen.
- (3) Es ist erforderlich, dass behinderte Menschen bei der Durchsetzung ihre Ansprüche aktiv unterstützt werden. Es muss sichergestellt werden, dass angesprochene Stellen der Stadtverwaltung auch bei Nichtzuständigkeit die Menschen nicht abweisen oder verweisen, sondern an zuständige Stellen weiterleiten, auch wenn diese außerhalb der eigenen Behörde liegen.

Thema 5: Schulische Bildung & Freizeit von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Nirgendwo können Berührungspunkte leichter abgebaut werden.

Daher fordern wir:

- (1) Die Öffnung aller Einrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung.
- (2) Bewusstseinsbildende Angebote in Schule und OGS im Hinblick auf eine inklusive Stadtgesellschaft.
- (3) Abbau von bürokratischen Hürden bei Verwaltungsvorgängen rund um das Thema Schule/OGS (Schulbegleitung/ Schülerspezialverkehr usw.)
- (4) Den Ausbau von Schulsozialarbeit in Relation zur Schülerzahl (1 Schulsozialarbeiter für 150 Schüler)

Thema 6: Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum

Bezahlbaren barrierefreien Wohnraum mit guter Infrastruktur zu finden ist in Köln fast unmöglich. Hinzu kommt, dass bei der ausgeprägten Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt behinderte Bewerber*innen oft nicht zum Zuge kommen.

Daher fordern wir:

- (1) Bezahlbaren Wohnraum mit guter Infrastruktur (Nahverkehr/ Nahversorgung/ Freizeit)
- (2) Ausbau bestehender und Entwicklung neuer Instrumente zur Wohnraumvermittlung für behinderte Menschen

Thema 7: Sport

Das Thema Sport und Bewegung für alle Menschen muss in der Stadt stärkere Priorität erhalten.

Daher fordern wir:

- (1) Die Förderung gemeinsamer Angebote.
- (2) Ausbau barrierefreier Sportstätten.

Thema 8: Gesundheit und Pflege

Die Sicherstellung pflegerischer und teilhabeorientierter Unterstützungsbedarfe wird zunehmend problematischer, insbesondere im häuslichen Bereich, aber auch bei geeigneten und altersspezifischen Angeboten, beispielsweise der Kurzzeitpflege.

Daher fordern wir:

- (1) Innovative Ideen und Konzepte, die die pflegerische Versorgung in Köln verbessern.
- (2) Die Installation einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Gesundheitsamtes, die eine Situationsanalyse bezüglich der Situation von Menschen mit Behinderungen in Krankenhäusern erstellt.
- (3) Menschen mit Behinderung müssen priorisiert bei Investitionsplänen von Krankenhäusern Berücksichtigung finden.